



## Olaf Lies zu aktuellen Planalternativen der Bahn: „Die Anbindung der Häfen hat höchste Priorität“

HANNOVER. Die Bahn AG hat Vertretern des niedersächsischen Verkehrsministeriums und des Bundesverkehrsministeriums heute in Berlin Alternativpläne zur so genannten Y-Trasse vorgestellt. Hierzu erklärt der niedersächsische Verkehrsminister Olaf Lies (SPD):

„Wir freuen uns darüber, dass die Bahn AG jetzt ihre Bringschuld eingelöst und Alternativen zur Y-Trasse vorgestellt hat. Sich von vornherein ausschließlich auf die bisherige Planung zu stützen, war immer falsch. Dies wäre den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen auch nicht zu vermitteln gewesen. Leider ist der Neustart mit einer kommunikativen Panne verbunden. Es ist mehr als unglücklich, dass einzelne Bundestagsabgeordnete offenbar vorab Einblick in die Pläne bekommen und sie gestern auch schon in Ihrem Sinne öffentlich kommentiert haben. Ich fordere die Bahn ausdrücklich auf, ein transparentes und für die Menschen nachvollziehbares Verfahren zu planen und dieses auch zu kommunizieren. Bedenken und Einwände der Menschen müssen ernsthaft geprüft werden.“

Ich will für das künftige Verfahren auf mehrere Punkte hinweisen, die aus Sicht des Landes Niedersachsen von hoher Bedeutung sind:

- Von zentraler Bedeutung aus niedersächsischer Sicht ist die Hafenhinterlandanbindung, insbesondere die Anbindung des JadeWeserPorts.
- Hohe Priorität hat für Niedersachsen wirtschafts- und verkehrspolitisch der Güterverkehr. Es ist ausdrückliches Ziel der niedersächsischen Landesregierung, mehr Gütertransporte auf die Schiene zu bringen.
- Für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger muss der bestmögliche Lärmschutz gewährleistet werden. Außerdem sind Natur- und Umweltschutzbelange besonders zu berücksichtigen. Ein Projekt dieser Größenordnung braucht die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger. Auf der anderen Seite dürfen gerade gewählte Politiker Infrastrukturprojekte von herausragender Bedeutung nicht allein nach dem Sankt-Florians-Prinzip bewerten.
- Während der Bauphase dürfen bestehende Strecken nicht über Gebühr beeinträchtigt werden. Es wäre nicht hinzunehmen, wenn wegen des Ausbaus bestehender Strecken der Schienenverkehr zum Beispiel zwischen Hamburg und Hannover für mehrere Jahre erhebliche Einschränkungen erleben würde.
- Die beste Lösung darf nicht an eventuell höheren Kosten scheitern.

Das weitere Verfahren liegt in erster Linie in den Händen der Bahn AG und des Bundesverkehrsministeriums. Das Land Niedersachsen wird den kommenden Prozess begleiten und sich konstruktiv einbringen.“

---



---

## Artikel-Informationen

07.05.2013

Ansprechpartner/in:  
Herr Stefan Wittke

Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Pressesprecher  
Friedrichswall 1  
30159 Hannover  
Tel: (0511) 120-5427  
Fax: (0511) 120-995427

[http://www.mw.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation\\_id=5459&article\\_id=115005&\\_psmand=18](http://www.mw.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=5459&article_id=115005&_psmand=18)

© 2013 Niedersachsen.de | Alle Rechte vorbehalten - Vervielfältigung nur mit unserer Genehmigung



**Kirsten Lühmann,  
MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: +49 30 227-71727

[kirsten.luehmann@bundestag.de](mailto:kirsten.luehmann@bundestag.de)

[www.kirsten-luehmann.de](http://www.kirsten-luehmann.de)

# Pressemitteilung

## Y Trasse - Rückkehr zu seriösem Verfahren muss möglich sein

Fest steht eines: Unsere Region braucht dringend eine bessere Seehafen-Hinterlandanbindung über die Schiene. Diese muss schnell umsetzbar, sozial- wie umweltverträglich und bezahlbar sein. Darüber herrscht in unserer Region Konsens.

Die hinlänglich bekannten Varianten, die seit 15 Jahren in den unterschiedlichsten Gremien entwickelt wurden, sind in einem mit der Bundesregierung abgestimmten Verfahren von der Deutschen Bahn vorurteilsfrei auf Realisierbarkeit sowie auf Vor- und Nachteile hin untersucht worden - neue, aus dem Hut gezauberte Ideallösungen waren weder geplant noch zu erwarten gewesen.

Auf dieses Verfahren hatten sich alle Beteiligten, von Bürgerinitiativen, über die Deutsche Bahn bis zur Politik geeinigt, um die bestmögliche Lösung zu finden. Danach werden die Ergebnisse der Vergleichsuntersuchungen zunächst der Bundesregierung, dann der Landesregierung, dann dem Verkehrsausschuss und schließlich der Öffentlichkeit präsentiert. Ich habe dazu Dr. Grube für den 24.5. nach Uelzen eingeladen, der dort die Grundzüge der Bahnpolitik zu diesem Thema präsentieren wird. Erst nach der vollständigen Veröffentlichung und auf Grundlage aller Fakten und Argumente für oder gegen die unterschiedlichen Varianten soll die offene Diskussion beginnen. Wir können und sollten uns auch Zeit für diesen Prozess nehmen - Vorfestlegungen sind dabei weder erforderlich noch hilfreich.

Es muss unbedingt vermieden werden, durch die "üblichen Spielchen" von Indiskretionen und Mutmaßungen gerade im Bundestagswahljahr zugunsten von kurzfristiger persönlicher Aufmerksamkeit einen langfristigen Schaden für eine breite und offene Bürgerbeteiligung zu verursachen.

Während die Bundesregierung und die Deutsche Bahn sich strikt an diese Linie gehalten haben um damit eine faire gesellschaftliche Beteiligung sicherzustellen, schaden in verantwortungsloser Weise nun Bundestagskollegen durch widersprüchliche Mutmaßungen, Forderungen und Scheininformationen diesem Verfahren.

Die Kollegen Otte und Grindel haben durch ihre öffentlichen und zum Teil widersprüchlichen Äußerungen bereits jetzt dem Abstimmungsprozess einen schwerwiegenden Schaden zugefügt. Die Öffentlichkeit ist verunsichert und durch die aus meiner Kenntnis substanzlosen Andeutungen, sich auf Informationen aus Ministeriums- und Bahnkreisen zu berufen, wird völlig unverantwortlich auch deren Ansehen ramponiert. Es wird Zeit, zu einer sachlichen gesellschaftlichen Auseinandersetzung zurückzufinden. Wir müssen die Reihenfolge von Informationssammlung, Präsentation und Diskussion unbedingt einhalten, um die beste Schienenanbindung unserer Region an die Seehäfen zu finden. Denn es geht um mehr als um persönliche Profilierung und Schwarze-Peter-Spiele mit

neugewählten Landesregierungen - es geht um den Wirtschaftsmotor deutscher Nordseehäfen, dessen Zukunftsfähigkeit nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf!

*Kontakt:*

*Michael Chales de Beaulieu T: 0581-79595*